

Kopie
 DER DIREKTOR
 des
 Bundesamtes für Aussenwirtschaft

DB / PP / AH
 10.5.1980
 Arabi k
 Z-ak

Bern, den 20. Dezember 1979

ZW

S. C. H. Kuwait M. O

(S. C. H. Oman M. O)

FO an

Vertraulich

Bericht über die Goodwillmission nach Kuwait und Oman
 vom 7. bis 13. Dezember 1979

Zweck dieser Reise war, durch eine erste offizielle Mission in die Golfstaaten die noch bestehende Lücke in den Beziehungen zum arabischen Raum zu schliessen. Die Wahl fiel auf Kuwait wegen seiner Rolle im Rahmen der OPEC und seiner Schlüsselposition bezüglich Finanztransaktionen. Kuwait ist zudem der Sitz des Kuwait Fonds, der ein ausgedehntes Hilfsprogramm für Entwicklungsländer durchführt und dessen Generaldirektor, Abdul-Latif Hamad, im Nord-Süd-Dialog eine gewichtige Rolle spielt (Mitglied der Brandt-Kommission, Mitglied des Entwicklungskomitees Weltbank/Währungsfonds etc.).

Oman wurde besucht, weil eine ausdrückliche Einladung vorlag und dieses Land wegen seiner exponierten strategischen Lage die Beziehungen zu den europäischen Ländern auszubauen sucht.

Der Zeitpunkt der Reise erwies sich insofern als günstig, weil er mit dem Höhepunkt der Irankrise (Informationsbeschaffung in der Region) und dem amerikanischen Vorstoss für eine Unterstützung der finanziellen Massnahmen gegen Iran zusammenfiel. Trotz dieser Ereignisse konnte sich auch der Exportförderungsaspekt der Reise normal und zur vollen Zufriedenheit der Mitglieder der Wirtschaftsdelegation abwickeln. Es bestätigte sich, dass die Schweiz in diesen Ländern über einen erheblichen Goodwill verfügt,

was auf verschiedene Umstände zurückzuführen sein dürfte: persönliche Bekanntschaft der meisten Minister und Geschäftsleute mit unserem Land, Kleinstaatlichkeit und Neutralität der Schweiz, Bedeutung und Zuverlässigkeit unseres Bankensystems, positive Erfahrungen mit Schweizer Technologie, Beratern und Referenzprojekten.

I. Kuwait

Für dieses selbstbewusste Land, das von ausländischen Besuchern überlaufen wird, konnte in letzter Minute ein ausserordentlich reichhaltiges Besprechungsprogramm zusammengestellt werden, was beweist, dass in diesem Zeitpunkt offenbar ein besonderes Interesse an einem Meinungsaustausch mit uns bestand. Vermutlich wollte Kuwait einerseits seine eigene Lagebeurteilung durch Meinungsäusserungen aus der Schweiz ergänzen, andererseits aber, und dies scheint mir besonders naheliegend, die Schweiz als Kanal zur Verbreitung seiner Ansichten in Westeuropa und gegenüber den USA benützen.

Einlässliche Gespräche von je mindestens einstündiger Dauer fanden statt mit Handels- und Industrieminister Abdul-Wahab Al-Nafisi, dem Gouverneur und Präsidenten der Zentralbank Hamzah H. Hussain, Finanzminister Al-Ateeky, der auch seinen Generaldirektor für Auslandsinvestitionen, Bader Al-Rushaid, beizog, Erdölminister Scheich Ali Khalifa Al-Sabah und Generaldirektor des Kuwait Fonds Abdul-Latif Hamad sowie auf dessen Einladung anlässlich eines Mittagessens mit den Mitgliedern der Brandt-Kommission (Heath, Palme etc.).

Das Aussenministerium entsandte den für Nord-Süd-Fragen zuständigen Abteilungschef an den Empfang auf der Botschaft; dagegen kam ein Höflichkeitsbesuch beim Emir nicht zustande.

1. Erdölpolitik / Iran / Amerikanische Blockierungsmassnahmen

Vor meiner Abreise fand eine Besprechung auf der Nationalbank in Zürich mit dem amerikanischen Unterstaatssekretär Richard Cooper parallel zur Aussprache von Präsident Leutwiler mit Unterstaatssekretär Solomon statt. Die beiden Emissäre Präsident Carters erläuterten die Blockierung der iranischen Guthaben und den Wunsch, dass die europäischen Staaten keine Ausweichmöglichkeiten schaffen, sondern die Wirksamkeit dieser Massnahmen durch ein entsprechendes Verhalten stärken sollten. Wirtschaftlich soll Iran dadurch in seinen Importmöglichkeiten beschränkt werden, ohne dass vorderhand ein eigentliches Handelsembargo verhängt würde. Die finanzielle Schraube kann angezogen werden, indem den Banken nahegelegt wird, auf der strikten Einhaltung der Zahlungsverpflichtungen Irans zu bestehen und im Falle eines Zahlungsverzuges die "cross default"-Klauseln in den Konsortialanleihen sofort spielen zu lassen. Die Banken und die private Geschäftswelt dürfen nicht den Eindruck erhalten, mit Iran könne weiterhin "business as usual" betrieben werden, sondern die internationale Solidarität müsse wegen der Geiselnahme unter Beweis gestellt werden.

Cooper zeigt Verständnis für unsere Neutralitätspolitischen Bedenken und die Zurückhaltung, welche sich die Schweiz wegen der für Iran übernommenen Schutzmachtfunktionen auferlegen muss. Gleichzeitig appelliert er aber an unsere Tradition der strikten Beachtung völkerrechtlicher Normen. Gerade die Schweiz könne nicht ignorieren, dass grundlegende Völkerrechtsbestimmungen über die diplomatische Immunität verletzt worden seien.

Ich erinnere an die Parallele zu den COCOM-Listen, wo die Schweiz sich seinerzeit verpflichtet hatte, angesichts

des Osthandelsembargos, dem sie sich nicht anschliessen konnte, jedenfalls kein Ersatzlieferant zu werden. Aehnlich könnte heute vorgegangen werden. Ferner habe die Schweiz ein Interesse daran, dass der Dollar nicht geschwächt werde.

Nach Rücksprache mit Präsident Leutwiler stellte ich daher Cooper in Aussicht, bei meinen Gesprächen in den Golfstaaten

- für Beibehaltung des Dollars als Transaktionswährung für das Erdöl und
- gegen eine Umlagerung der OPEC-Investitionen auf andere Währungen

zu plädieren.

Mit Präsident Leutwiler wurde zudem vereinbart, dass der kuwaitischen Notenbank für den Fall eines besonders dringlichen Diversifizierungsbedürfnisses unter der Kontrolle der Nationalbank ähnliche Fazilitäten in Aussicht gestellt werden könnten wie für Saudi Arabien (Frankennotes).

Unsere diesbezüglichen Diskussionen in Kuwait ergaben ein unerwartetes Bild, wobei alle unsere Gesprächspartner in folgenden Punkten eine völlig übereinstimmende Meinung vertraten:

- Bestätigung der Unmöglichkeit einer Flucht aus dem Dollar und beiläufiges, aber keineswegs übertriebenes Interesse an Investitionsmöglichkeiten in der Schweiz; aber
- Vehemente Verurteilung der amerikanischen Reaktion auf die Völkerrechtsverletzungen durch Iran; und

- Defensive und eher gemässigte Haltung betreffend Erdölpreispolitik und Rolle der multinationalen Erdölgesellschaften.

Die Uebergriffe auf die Amerikanische Botschaft in Teheran werden zwar einhellig verurteilt, aber als kindische Aktion eines Regimes dargestellt, das nicht reif genug sei, um hiefür nach den unter zivilisierten Staaten üblichen völkerrechtlichen Normen zur Verantwortung gezogen werden zu können. Das Khomeini-Regime sei unhaltbar und deshalb ohnehin zum Untergang verurteilt. Die Zeit arbeite somit für die Amerikaner und die Sperre der iranischen Guthaben stelle daher einen kontraproduktiven Schritt mit unabsehbaren internationalen Auswirkungen dar. Jede andere Massnahme - Handelsembargo, Vergeltungsschläge gegenüber iranischen Diplomaten in USA etc. - wäre in kuwaitischer Sicht weniger anfechtbar gewesen. Die amerikanische Blockierungsmassnahme, durch die der Glaube in die Unantastbarkeit der OPEC-Guthaben und in die Unverletzbarkeit des internationalen Bankensystems gegenüber politischen Uebergriffen erschüttert worden sei, habe in der arabischen Welt einen Stimmungsumschwung bewirkt und zu einem Schulterchluss gegen die USA geführt. Diese Massnahme, durch die sich Kuwait mit seinem besonders hohen Devisenüberschuss in seinen eigenen vitalen Interessen bedroht fühlt, wird nun zum Anlass für eine Neuorientierung seiner Erdölpolitik genommen.

Die Argumentation lautet wie folgt: Kuwait und die übrigen OPEC-Staaten produzieren mehr Oel, als für ihren eigenen Energieverbrauch und Finanzierungsbedarf erforderlich wäre, um die Weltwirtschaft ausreichend zu versorgen. Die dadurch entstehenden Devisenüberschüsse sind nicht nur der Kurserosion des Dollars und der Inflation, sondern auch willkürlichen Blockierungsmassnahmen ausgesetzt.

Die anlagesuchenden Gelder werden überall zurückgewiesen - offenbar nun auch von der Schweiz. Die Antwort kann daher nur in einer Reduktion der Erdölförderung bestehen, wozu Kuwait entschlossen scheint. Offenbar bestehen bezüglich Förderpolitik auch gewisse Absprachen mit Iran, dessen Erdölminister am gleichen Tag zu Konsultationen in Kuwait war.

Mein Hinweis auf die katastrophalen Folgen einer künstlichen Erdölverknappung für die Weltwirtschaft und dadurch ermutigte zusätzliche Preistreiberei wird mit dem Argument beantwortet, dass dem kuwaitischen Volk das Opfer eines beschleunigten Abbaus seiner einzigen Rohstoffreserve nicht länger zugemutet werden könne; oder, wie unsere gemässigteren Gesprächspartner zugeben: das iranische und nun auch das saudiarabische Beispiel zeigen, dass ein forciertes Entwicklungs- und Industrialisierungsrhythmus gefährliche innenpolitische Spannungen schafft. Wird dieser Rhythmus auf das "Verdaubare" reduziert, dauert der Uebergang zu einer nach Erschöpfung der Erdölvorräte selbsttragenden Wirtschaft entsprechend länger, so dass diese Frist für das Erdölzeitalter durch häuslicher Ausbeutung zusätzlich erstreckt werden muss. Auch würden zu hohe Devisenüberschüsse die Erwartungen der eigenen Bevölkerung auf Existenzverbesserung dermassen erhöhen, dass sie nicht mehr befriedigt werden könnten.

Bezüglich Erdölpreispolitik wird eine jährliche Realerhöhung von 3 bis 5 % als angemessen bezeichnet und unter Hinweis auf die sprunghafte Steigerung des Goldpreises als zurückhaltend und verantwortungsbewusst angesehen. Kuwait hat nicht die Ambition, für die Vermarktung seines Erdöls die weltweiten Investitionen der internationalen Gesellschaften zu duplizieren. Unabhängige Importeure

würden jedoch gerne beliefert, und es würde hierfür keiner zwischenstaatlichen Vereinbarungen bedürfen. Allerdings müsste "in der momentanen Konstellation" der Rotterdamer Preis zur Anwendung gelangen. Er stelle das Premium für die erhöhte Versorgungssicherheit durch langfristige Verträge dar.

Bezüglich Diversifizierung der Guthaben wird unserer Argumentation, dass ein Umsteigen in den Schweizerfranken wegen der Enge unseres Marktes nicht in Frage kommen könne, keineswegs widersprochen. Notenbankgouverneur, Finanzminister und Erdölminister stimmen überein, dass angesichts der Grössenordnung keine Alternative zum Dollar als Investitions- oder als Transaktionswährung für das Erdöl bestehe und dass die amerikanische Devise daher nicht geschwächt werden dürfe. Immerhin: Ich wurde verschiedentlich gefragt, ob die Aufhebung des Negativzinses nicht bedeute, dass die Schweiz ihre restriktive Haltung gegenüber OPEC-Investitionen revidieren wolle. Ferner wird die Zusicherung, von Umlagerungen abzusehen, ausdrücklich auf die offiziellen Guthaben beschränkt. Auf die Transaktionen des Privatsektors könne kein Einfluss ausgeübt werden. Wir müssten dann eben diejenigen Abwehrmassnahmen ergreifen, die uns aus schweizerischer Sicht als angezeigt erschienen.

2. Entwicklungsperspektiven für die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen

Die schweizerische Wirtschaft verfügt offensichtlich über einen grossen Goodwill. Es bestehen keinerlei politische Vorbehalte gegen eine Intensivierung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs mit unserem Lande, im Gegenteil. "Wir müssen alles importieren und würden am liebsten alles aus der Schweiz beziehen", sagt uns der Handels- und Industrieminister. Einziges Hindernis seien der hohe

Preis und der teure Schweizerfranken. Eine weitere Erschwerung besteht darin, dass sowohl für Importe wie für Projekte ein kuwaitischer "sponsor" benötigt wird und dass eine scharfe japanische und südkoreanische Konkurrenz besteht. Positiv dagegen wirkt sich für die schweizerische Technologie aus, dass in Kuwait ein Fremdarbeiterproblem mit politischen Risiken besteht und daher vollautomatisierte Techniken gefragt sind.

Wir plädieren das Qualitäts- und Serviceargument, dem in diesen Ländern noch zu wenig Beachtung geschenkt wird. Unsere kuwaitischen Gesprächspartner zeigen zwar Verständnis und fordern die Schweizer Anbieter auf, jeweils die Vorzüge, die den hohen Preis aufwiegen, einlässlich darzulegen. Eine Hauptschwierigkeit besteht jedoch darin, dass nach kuwaitischer Gesetzgebung bei Regierungsaufträgen nur der billigste Anbieter Gelegenheit erhält, seine Offerte näher zu begründen und zu erläutern. Dadurch entfällt für die Schweizer Industrie die Möglichkeit, die qualitativen Vorzüge ihrer teureren Offerten vor den kuwaitischen Fachinstanzen darzulegen.

Neben dem besonders gut ausgebauten Telekommunikationssektor steht für die weitere Entwicklung Kuwaits die petrochemische Industrie im Vordergrund. Auch würde Kuwait gerne Offerten für Futtermittelsilos erhalten.

3. Schweizerische Teilnahme an Projekten des Kuwait-Fonds

Der Besuch der Mitglieder der Wirtschaftsdelegation beim Kuwait-Fonds ist als Zeichen eines positiven Interesses der Schweiz an der Tätigkeit dieser Finanzierungsinstitution begrüsst worden. Der Fonds, der von Kuwait mit 3,6 Milliarden Dollar dotiert worden ist, finanziert heute 106 Projekte in 56 Entwicklungsländern Asiens und Afrikas (ohne Beschränkung auf islamische Staaten). Das Kriterium lautet: "the poorer the better".

- 9 -

Die Ausschreibungen für Konsulenten und Investitionsgüter erfolgen durch die Empfängerstaaten und nicht durch den Fonds. Der Fonds ist jedoch bereit, unserer Industrie Auskünfte über Projektvorhaben zu erteilen, damit sich diese in den betreffenden Staaten bewerben kann. Ferner könne die schweizerische Regierung an den Fonds gelangen, falls sie für schweizerische Entwicklungsprojekte eine Ko-finanzierung zu erhalten wünsche.

In diesem Zusammenhang hebt der Generaldirektor des Fonds jedoch die Tatsache hervor, dass die Schweiz sich im Gegensatz zu Kuwait an der sechsten IDA-Aufstockung nicht beteilige. Dies passe schlecht in das Bild eines Landes, welches behauptete, für Nord-Süd-Probleme aufgeschlossen zu sein. Es sei nur möglich, eine politische und weltwirtschaftliche Katastrophe abzuwenden, wenn sowohl die OECD- wie die OPEC-Länder eine massive Uebertragung finanzieller Mittel an die erdölimportierenden Entwicklungsländer vorzunehmen bereit seien.

4. Nord-Süd-Dialog

Kuwait stimmt mit uns überein, dass die Energiefragen Teil eines Nord-Süd-Dialogs bilden, jedoch in ihrer Komplexität und vorrangigen Bedeutung autonom behandelt werden müssen. Zu diesem Zweck wäre ein Gespräch zwischen OECD und OPEC angezeigt, das aber in den UNO-Rahmen eingefügt werden müsste, um den Eindruck einer Frontbildung gegenüber den erdölimportierenden Entwicklungsländern zu vermeiden. Wichtigste Gesprächsthemen wären die Preisindexierung für Erdöl, die Lieferperspektiven, die Investitionen der OPEC-Ueberschüsse und die zugunsten der Entwicklungsländer zu erbringenden Hilfeleistungen. Das IEA-Sparprogramm wird als wichtige Voraussetzung für einen derartigen Energiedialog bewertet.

II. Oman

Im Gegensatz zu Kuwait, wo politische und allgemeine Fragen im Vordergrund standen, lag bei unserem Besuch in Oman eindeutig das Hauptgewicht auf den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und der Exportförderung. Der Empfang war freundlich und grosszügig; die Fachminister und Mitglieder der omanischen Handelskammer, welche alle wichtigen Geschäftsleute umfasst, standen unserer Delegation, einschliesslich der Vertreter der Privatwirtschaft, bereitwillig zur Verfügung und bekundeten ihr Interesse am Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen. Dagegen waren entgegen der vorherigen Zusicherungen des omanischen Botschafters in Bonn weder der Sultan noch der Aussenminister (Qais Al-Zawawi) oder der Minister für Verteidigung und Sicherheit, der gleichzeitig Präsident des Gremiums für Auslandsinvestitionen ist (Sayyed Bin Taimur), zu sprechen. Dieser Umstand kann auf drei Gründe zurückzuführen sein:

- eine einseitig kommerzielle Gewichtung unseres Besuchszweckes durch den omanischen Botschafter;
- die akute politische Alarmsituation in Oman, welche zur Folge hatte, dass der Sultan seine engsten Berater auf wichtige Auslandsmissionen entsandt hatte, um militärische Unterstützung zu erhalten;
- das Misstrauen des englischen Berater- (und Geheimdienst-) Teams uns gegenüber, das den Sultan in seinen Beziehungen zum Ausland "abschirmt".

Das einzige politische Gespräch fand mit dem Staatssekretär im Aussenministerium, Youssef Alawi, statt. Im Gegensatz zu Kuwait unterstützt Oman die amerikanische Politik gegenüber Iran, glaubt aber nicht, dass Khomeini dadurch beein-

flusst werden kann. Wirtschaftssanktionen können jedoch die innere Opposition stärken, dessen Führer, Shariat-Madari, von meinem Gesprächspartner als fähiger politischer Kopf und künftiger Führer des revolutionären Regimes bezeichnet wird.

Oman erachtet es als erforderlich, dass die sowjetisch-kubanische Präsenz in Südjemen durch eine entsprechende amerikanische Anwesenheit im Persischen Golf ausgeglichen wird.. Oman benötigt zur Gewährleistung der Offenhaltung der Strasse von Hormuz Minensuchboote und Kriegsmaterial, das es von Europa zu erhalten hofft. A. schliesst jedoch die Einräumung einer Militärbasis an die USA im äussersten Falle nicht aus, während der englische Berater im "Kulturministerium" dies wegen der Auswirkungen auf die Beziehungen zur übrigen arabischen Welt, insbesondere Saudi Arabien, nicht wahrhaben will. Uebrigens sind die omanischen Streitkräfte durch die Engländer schlagkräftig ausgebildet und ausgerüstet worden.

1. Besuchsprogramm

Höflichkeitsbesuche fanden beim Protokollchef (Farit Al-Hinai) sowie beim Minister des Hofes (Sayyed Hamad Hamood) statt. Wirtschaftsgespräche wurden mit dem Staatssekretär für Handel und Industrie (Ali Daood), dem Minister für Elektrizität und Wasserwirtschaft (Hamoud Al-Harthy), dem Minister für Erdöl und Mineralien (Al-Shanfary) und dem Minister für Landwirtschaft und Fischerei (A.H. Rajab) geführt. Parallel zu den Besprechungen der offiziellen Delegationsleitung erhielten die Mitglieder der Wirtschaftsdelegation Gelegenheit zu einlässlichen Aussprachen mit den Staatssekretären und Generaldirektoren der entsprechenden Fachministerien sowie mit einzelnen Mitgliedern der Handelskammer.

2. Aussichten für die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen

Auch in Oman ist der Goodwill gegenüber der Schweiz offenkundig; die meisten unserer Gesprächspartner kennen unser Land aus eigener Anschauung.

Durch die Verteuerung des Erdöls konnte die angespannte Devisenlage Omans wieder verbessert werden. Die erst 1970 mit dem Staatsstreich des gegenwärtigen Sultans vollzogene Oeffnung gegenüber dem Ausland, die im Verlauf eines Jahrzehnts ein eindrucksvolles Ergebnis gebracht hat, dürfte daher zur Inangriffnahme einer weiteren Entwicklungsphase führen.*) Im Vordergrund stehen dabei die Verbesserung des Wasserhaushalts, die Förderung der Landwirtschaft (Oman könnte zum Lieferanten für die ganze Wüstenregion der Golfstaaten werden), Energieerzeugung und Entsalzung des Meerwassers, zusätzlicher Ausbau der Verkehrswege und der Telekommunikationen. Dagegen soll aus Sicherheitsgründen der Fremdenverkehr weiterhin blockiert bleiben.

Oman ist an schweizerischen Investitionen in Form von "joint ventures" interessiert; aber auch Direktimporte können gesteigert werden. Hiefür bedarf es jedoch lokaler "sponsors".

Das bisher einzige Gemeinschaftsprojekt, die "Oman Sun-Farms", soll ein gutes Ergebnis gezeitigt haben. Wir haben versucht, die Einfuhr von schweizerischem Zuchtvieh zu ermutigen.

Hauptprobleme sind, wie in Kuwait, der hohe Preis und der Frankenkurs. Die Mitglieder der Wirtschaftsdelegation haben sich jedoch von ihren Kontakten ermutigt und befriedigt erklärt.

*) Siehe Beilage, die uns offiziell vom Handels- und Industrieministerium überreicht wurde und die Entwicklungsprioritäten aufzeigt.

Das Handelsvolumen mit Oman ist gegenwärtig noch äusserst bescheiden: rund 30 Millionen Franken Jahresausfuhr; praktisch keine schweizerischen Importe aus Oman.

Eine erste Erschwerung stellen die strengen Visumsvorschriften dar. Zudem muss sogar für die Vornahme einer Hotelreservation ein lokaler "sponsor" angegeben werden können. Dementsprechend gross ist die Belastung des einzigen schweizerischen Vertreters in Oman, unseres Honorarkonsularagenten Moser.

Weitere Probleme ergeben sich aus den lokalen Geschäftspraktiken. Voraussetzung für Importbewilligungen sind Ersatzteillager und Serviceleistungen, zu deren Gewährleistung ein omanischer Geschäftsmann (oder Minister bzw. Chefbeamter!) als kommissionshungriger "sponsor" eingesetzt werden muss. Die entsprechenden Vertretungsverträge sind kaum aufkündbar; privatwirtschaftliche Schlichtungsklauseln und die Einschaltung der Internationalen Handelskammer werden in der Regel abgelehnt. "Sponsors" sind auch die Voraussetzung dafür, dass der ausländische Anbieter rechtzeitig Kenntnis von Projektausschreibungen erhält. Dies sei für Länder wie die Schweiz, welche weder eine Botschaft mit ortsansässigem Personal noch Geschäftsniederlassungen in Oman unterhielten, besonders wichtig.

Schliesslich spielt auch in Oman der Preisfaktor eine ausschlaggebende Rolle. Oman sei nicht so reich wie Saudi Arabien und müsse sich an die billigsten Angebote halten; für besondere Qualität könne höchstens ein Aufschlag von 10 bis 15 % bezahlt werden. Diese Marge sei auf dem Maschinensektor ausreichend, während auf dem Bau-sektor (Zement, Stahl) die Schweizer Angebote zwei- bis

- 14 -

viermal höher lägen als diejenigen anderer europäischer sowie asiatischer Länder.

Oman als kleines Land würde jedoch gerne mit schweizerischen Klein- und Mittelbetrieben zusammenarbeiten statt mit Grosskonzernen. Der Privatinitiative werde im Rahmen des Entwicklungsplanes grösstmögliche Bewegungsfreiheit zugestanden; die Zollbelastung, ausser für den Schutz von "infant industries", sei äusserst geringfügig. Keine Nachfrage nach schlüsselfertigen Projekten, da der Industrialisierungsprozess in der eigenen Wirtschaft verwurzelt bleiben müsse.

* *
*

Noch ein Wort zur innenpolitischen Situation: Sowohl Kuwait wie Oman betonen ihre innenpolitische Stabilität und Spannungsfreiheit. Trotzdem ist unverkennbar, dass in beiden Ländern dank der autoritären dynastischen Regimes eine privilegierte Oberschicht sämtliche wirtschaftlichen Schlüsselstellungen innehat. Ein Uebergreifen revolutionärer Tendenzen aus den benachbarten grossen arabischen Ländern dürfte daher mittel- und längerfristig nicht auszuschliessen sein.

* *
*

Zum Schluss sei den schweizerischen Vertretungen in Kuwait und Oman für die ausgezeichnete Vorbereitung und Betreuung der Delegation bestens gedankt.

Herr Gritti, Geschäftsträger in Kuwait, konnte dank seiner guten persönlichen Beziehungen innert kürzester Zeit ein reichhaltiges Besprechungsprogramm aufstellen. Auch hatte er keine Mühe, die bedeutendsten Geschäftsleute zu einem

Arbeitsessen auf die Residenz einzuladen; dieselben Persönlichkeiten, die von der kuwaitischen Regierung mit den Mitgliedern der Brandt-Kommission in Verbindung gebracht wurden. Auch der Cocktailempfang auf der Residenz wurde von den kuwaitischen Gästen offensichtlich geschätzt.

Unser Besuch in Oman war durch den Schweizer Handelsdelegierten in Abu Dhabi, Herrn Willy Fries, einlässlich und sorgfältig vorbereitet worden. Herr Fries hat sich der Mitglieder der Wirtschaftsdelegation während des ganzen Aufenthaltes in vorbildlicher Weise angenommen. Er verfügt offensichtlich über gute und vertrauensvolle Kontakte zu den omanischen Regierungsstellen und Geschäftsleuten und wird dabei an Ort und Stelle durch Herrn Wolf Dieter Moser tatkräftig unterstützt. Herr Moser wird von der omanischen Regierung und vom diplomatischen Korps als Berufskonsul behandelt; sein ehrenamtlicher Einsatz verdient, besser honoriert zu werden.

Während des ersten Teils unseres Besuches in Oman wurde die Delegation begleitet und eingeführt durch den zuständigen Schweizer Botschafter, Herrn Maillard, der in Saudi Arabien residiert und für den angesichts des damals bevorstehenden Besuches von Herrn Bundesrat Honegger dieser Abstecher eine besondere Belastung darstellte. Auch ihm sei für diese Unterstützung bestens gedankt.



Dieser Bericht geht an:

HH. Präsident Leutwiler, SNB, Zürich

Staatssekretär Weitnauer, EDA, Bern

Botschafter Maillard, Djeddah

Geschäftsträger Gritti, Kuwait

Handelsrat Fries, Abu Dhabi

Botschafter Probst, Washington

Ja, Bt, D, vT.